

13. AUG.



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24834 - 33
Fernschreiber 0886890

P/XIV/180 - 13. August 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 3	Der soziale Wohnungsbau und die marktwirtschaftliche Überleitung Von Dr. Julius Brecht, MdB.	109
4	Geheimnisvolle Verhandlungen in Belgrad Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher	59
5 - 6	Der Flüchtling - Anklage gegen unsere Zeit Weltflüchtlingsjahr unter Beteiligung von 52 Nationen	71
7 - 8	Deutsche Beteiligung an französischer Atombombe ? Zum Wirbel um eine "Daily Herald"-Meldung	58

* * * * *
* * *

Der soziale Wohnungsbau und die marktwirtschaftliche Überleitung

Von Dr. Julius Brecht, MdB

In den Diskussionen um das geplante Gesetz, mit dem die Wohnungsversorgung in marktwirtschaftliche Formen übergeleitet werden soll, wird meist gefordert, der soziale Wohnungsbau müsse erst noch einige Jahre fortgesetzt und gesteigert werden. Es wird dabei immer unterstellt, dass dies in dem geplanten Gesetz der Bundesregierung enthalten wäre und dass auch der soziale Wohnungsbau durch dieses Gesetz gefördert werde. Das ist ein sehr grosser Irrtum.

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung enthält gar nichts über den Wohnungsbau, auch nichts über den sozialen Wohnungsbau. In dem Entwurf ist an keiner einzigen Stelle etwas vorgesehen, wodurch der Wohnungsbau in der Übergangszeit und künftig erhalten bleibt oder gar vermehrt wird, oder dass mehr öffentliche Mittel dazu gegeben werden sollen. Der Wohnungsbauminister hat zwar in vielen Reden immer wieder verkündet, dass weitergebaut werde und dass die Wohnungswirtschaft erst aufgehoben werde, wenn durch weiteren Wohnungsbau genügend und ausreichend Wohnungen geschaffen sind. Das alles steht jedoch nicht in dem Gesetzentwurf. Nach dem Gesetz soll die öffentliche Wohnungsbewirtschaftung zu festgelegten Zeitpunkten aufgehoben werden. Das soll auch dann schon möglich sein, wenn in einem Kreis oder einer kreisfreien Stadt weniger Normalwohnungen vorhanden sind als Haushaltungen, und zwar so, dass die Zahl der Haushaltungen bis zu 3 Prozent über die Zahl der Wohnungen hinausgehen kann. Das kann natürlich in einer Stadt schon recht beträchtlich sein. Zum Beispiel bei einer Stadt mit 50 000 Wohnungen, aber 51 500 Haushaltungen kann es sein, dass 1 500 Familien noch keine Wohnung haben und doch könnte die behördliche Wohnungsbewirtschaftung beendet werden.

Es fehlen noch 2,5 Millionen Wohnungen

Gegenüber diesen Plänen muss unbedingt zuvor gesichert werden, dass die immer noch fehlenden Wohnungen zuerst gebaut werden, bevor die Wohnungsversorgung ganz den marktwirtschaftlichen Grundsätzen und dem freien Spiel der Kräfte überlassen werden kann. Anfang dieses Jahres waren noch 2,5 Millionen Wohnungen nötig, Ende dieses Jahres werden es noch ca. 2 Millionen sein. Das werden nicht nur soziale

Wohnungen sein müssen; ein Teil davon wird auch freifinanziert und steuerbegünstigt zu bauen sein. Aber sie müssen in Ganzen erst da sein, damit wir überhaupt einen Wohnungsmarkt bekommen, auf dem sich wenigstens annähernd Angebot und Nachfrage ausgleichen. Vor 1914 wurde für einen glatt funktionierenden Wohnungsmarkt noch damit gerechnet, dass das Angebot an Wohnungen um mindestens 3 Prozent über der Nachfrage liegen müsse.

Durch den weiteren Wohnungsbau, namentlich den öffentlich geförderten, muss ausserdem gesichert werden, dass die am meisten benötigten Wohnungstypen für den Massenbedarf und an den Orten geschaffen werden, wo der grösste und dringlichste Bedarf ist. Es nützt uns für die marktwirtschaftliche Wohnungsversorgung gar nichts, wenn etwa auf dem Lande ein Überangebot an Wohnungen besteht, an den Orten mit den meisten und besten Arbeitsplätzen aber weiterhin ein erheblicher Mangel. Es genügt auch nicht, dass etwa Gross- oder bessere Mittelwohnungen in überreicher Zahl angeboten werden, aber Kleinwohnungen für den Massenbedarf nicht zu bekommen sind. Auch das wird aber in dem kommenden Gesetz nicht gesichert. Es müsste hier in erster Linie bestimmt werden, dass die öffentlichen Mittel in verstärktem Umfang und konzentriert dort einzusetzen sind, wo der grösste Wohnungsbedarf besteht und ferner für die Wohnungsarten, die am meisten benötigt werden. Nur so werden die Voraussetzungen geschaffen, damit einmal ein Wohnungsmarkt gebildet und die Zwangswirtschaft aufgehoben werden kann.

Schwere Mängel im Gesetzentwurf

Um diese Kardinalfrage geht der neue Gesetzentwurf ganz herum. Es wird so getan, als ob alles schon bestens geregelt wäre, und dass in dieser Richtung nichts mehr geschehen müsse. Die Länder haben dagegen Ende Juni, als sie ihre Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf abgaben, mit grossem Nachdruck auf diese schweren Mängel hingewiesen. Der Bundesrat hat diesen notwendigen Zusammenhang zwischen dem weiteren sozialen Wohnungsbau und dem Ende der Wohnungszwangswirtschaft, dass nämlich das letztere vom ersten abhängig ist, erkannt. Er hat deutlich darauf hingewiesen. Der Bundesrat verlangt mit Recht, dass dieser Zusammenhang nicht nur theoretisch in schönen Reden häufig bestätigt wird, sondern dass er im Gesetz selbst klar hergestellt wird. Das ist das Kernstück in der Stellungnahme des Bundesrates. Das ist viel wichtiger, als manche andere Stellungnahmen zu fachlichen Einzelfragen. Das ist sogar viel wichtiger als die Bestimmungen, in welchen Stufen und mit welchen Methoden die Mieten erhöht werden sollen. Die Miet-

13. August 1959

fragen sind anders zu beurteilen, wenn verbindlich gesichert wird, dass zuvor mehr Wohnungen der rechten Art und am richtigen Ort gebaut werden, so dass erst das Wohnungsangebot vergrößert wird und dann auch die Mieterhöhungen nicht willkürlich ansteigen können. Es kommt eben viel mehr darauf an, dass wir zuerst einen ausgeglichener Wohnungsmarkt haben müssen, bevor die Mieten dem freien Spiel überlassen werden können.

Forderungen der Länder

Die Länder haben deshalb in ihrer Stellungnahme gefordert, dass bis 1963 wieder die vollen 700 Millionen DM jährlich für den sozialen Wohnungsbau gegeben werden müssen, ferner, dass die starren Rangfolgen, nach denen die Mittel jetzt verteilt werden, aufgelockert werden und dass ausserdem die Förderungsmittel für den sozialen Wohnungsbau nicht wie jetzt um jährlich 200 Millionen DM zugunsten der Wohnbauprämien geschmälert werden dürfen. Das sind genau die Forderungen, die die SPD-Fraktion des Bundestages in zahlreichen, wiederholt vorgebrachten Anträgen und bei jeder Haushaltsdebatte gestellt hat. Bundesregierung und Regierungsparteien haben das bisher stets abgelehnt. Man kann gespannt sein, ob sie das gleiche Verlangen, das jetzt die Länder und dabei auch die Länder mit CDU-Regierungen gestellt haben, ebenso brüsk ablehnen werden. Mit der Stellungnahme der Bundesregierung zu den Bundesratsbeschlüssen ist wohl in der kommenden Woche zu rechnen.

Wer ernsthaft und in sozial- und wirtschaftspolitisch vertretbarer Weise allmählich die Zwangswirtschaft in der Wohnungsversorgung überwinden will, der kann gar nicht anders, als den Forderungen der Länder zustimmen. Nur wenn zuvor die weitere Förderung des sozialen Wohnungsbaues in dieser Weise gesichert ist, kann gewährleistet werden, dass der Wohnungsmangel in wirklich absehbarer Zeit einmal an allen Orten und in allen Wohnungsarten behoben sein wird. Das aber ist die unerlässliche Voraussetzung, um überhaupt die Wohnungszwangswirtschaft aufheben zu können. Wer diesen weiteren Wohnungsbau nicht zuvor sichert und gewährleistet, schädigt nur die Aussichten und Möglichkeiten, die Zwangswirtschaft zu beenden. Die Entscheidung liegt jetzt bei der Bundesregierung. Hoffentlich wird sie vom Wohnungsbauminister dieses Mal richtig beraten.

Geheimnisvolle Verhandlungen in Belgrad

Von unseren Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleichner

Nachdem die aktuelle Auseinandersetzung um eine "atomwaffenfreie Balkanzone" vorerst einmal durch die ablehnende Haltung des Westens und seiner regionalen Verbündeten beendet und die "grosse Politik" hier, wie anderswo auch, in die "Sommerferien" gegangen ist, trat auch das Rätselraten um das zukünftige Verhältnis Jugoslawiens zum Ostblock etwas in den Hintergrund. Dabei ist die Entscheidung über die definitive Gestaltung der gegenseitigen Beziehungen noch nicht gefallen. Im Gegenteil: der während der Albanienreise des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow deutlich gewordene "Silberstreif" am Horizont flackert unbestimmt zwischen einer weiteren Erhellung und Verdunkelung des Balkanhimmels.

Entscheidend für die weitere Gestaltung der Atmosphäre werden zweifellos die seit einigen Wochen in Belgrad geführten jugoslawisch-sowjetischen Finanzgespräche sein. Aber diese sind trotz sommerlicher Hitze nicht abgeschirmt, so dass kaum etwas sicheres über sie zu erfahren ist. Nur so viel steht fest, - wobei jedoch auch dies eine Zweckmeldung sein könnte - : unwälzende Ergebnisse dürfen kaum erwartet werden.

Dabei wirkte die Ankündigung der Verhandlungen recht sensationell. Vermuteten doch fast alle politischen Beobachter, der Gang der Moskauer Finanzexperten nach Belgrad werde eine frühere Zahlung der 1956 von der Sowjetunion und DDR versprochenen, 1958 aber dann einseitig auf die Jahre 1962 bis 1969 verschobenen 285 Millionen Dollar zur Folge haben. Überraschend begannen auch einen Tag nach dem Start der jugoslawisch-sowjetischen Gespräche in Belgrad auch Verhandlungen mit einer DDR-Delegation über den Abschluss eines langfristigen Handelsvertrages. Man war also komplett. Aber vorerst scheint dieser "Zufall" tatsächlich nur ein Zufall zu sein.

Neben dieser ursprünglichen, jetzt etwas zurückgedrängten Version kann es eigentlich nur noch zwei Verhandlungsgegenstände geben. Die eine Möglichkeit, Jugoslawien wolle Schadenersatzansprüche für eben jene Verschichtung der Kreditzahlungen einhandeln, klingt nur wenig wahrscheinlich. Es ist kaum anzunehmen, die Sowjets wären aus diesem Anlass nach Belgrad gekommen. Sie dürfte nur im Zusammenhang mit der letzten Variante einiger Wahrheitselemente enthalten, dass Moskau die Rückzahlung eines 1956 gewährten 54 Millionen Dollar Güterkredits einfordern will. Dieser müsste gemäss den vertraglichen Bestimmungen tatsächlich seit dem 1.1.1959 rückgezahlt werden. Nur für den Fall, dass Jugoslawien bisher nicht mit der Rückzahlung begonnen hat - was im sommerlichen Belgrad nicht in Erfahrung zu bringen ist - und dies auch weiterhin nicht zu tun gedenkt, wäre eine Verhandlungskompensation des einen Anspruchs durch den anderen anzunehmen.

Dass Moskau jedoch die sich anbahnende Neugestaltung der Beziehungen zu Belgrad durch die Überbetonung der fälligen Raten gefährden will, ist vorerst durch nichts anzunehmen gerechtfertigt. Noch gilt die Albanienformel Chruschtschows, dass man mit Jugoslawien zu einem "zwischenstaatlichen Waffenstillstand" gelangen solle. Der Abschluss der Belgrader Finanzverhandlungen wird über die weiteren Aussichten dieser Politik wesentlichen Aufschluss geben.

Der Flüchtling - Anklage gegen unsere Zeit

sp - Der zweite Weltkrieg, in dessen Gefolge viele Völker revolutionäre Umwälzungen ihrer staatlichen Formen erlebten, brachte als einen für unser Jahrhundert charakteristischen Menschentypus den Flüchtling hervor. Er ist jener Mensch, der von den Stürmen des Krieges und der Revolutionen oder sonstiger politischer Veränderungen entwurzelt, seine Heimat verlassen musste. Entweder schleppte man ihn in andere Länder, wie es Hitler vor allen tat, um dort Slavenarbeiten zu leisten, oder er verliess seine Heimat unter dem Druck eines sich neu etablierten kommunistischen Regimes, um seine Freiheit, die ihm immer noch als das höchste Gut erschien, nicht an diktatorische Machthaber zu verlieren.

Aber nicht nur politische Gründe allein sind es gewesen, die zur Vertreibung von Millionen von Menschen führten. In Zuge politischer Neuordnungen waren es auch religiöse Gegensätze, wie zum Beispiel in Indien, die zu grossen Völkerwanderungen führten. Millionen suchten sich Verfolgungen zu entziehen, die aus religiösem Hassgefühl heraus zu befürchten waren. Bei der Errichtung des Staates Israel flohen fast eine Million Araber in die angrenzenden Länder. Intoleranz und Betonung der Gegensätzlichkeit, Hassgefühle und ideologische Konsequenzen diktatorischer Regime, sie alle stürzten Menschen in Not und Elend, so dass es überall in der Welt heute Flüchtlinge gibt, die ausserhalb ihrer heimatlichen Bereiche, oft in bitterer Not, unter fremden Bedingungen ein schweres Dasein fristen müssen. Ihre Eingliederung in neue gesellschaftliche Verhältnisse, die Normalisierung ihrer Daseinsbedingungen drängt sich seit Jahren als unabweisbares Problem auf.

Nach Angaben des Generalsekretärs der Vereinten Nationen gibt es etwa 40 Millionen Flüchtlinge in der Welt. Davon leben allein etwa 8,5 Millionen in Indien, die nach der Teilung aus Pakistan dorthin geflüchtet waren, weil sie um ihrer Religion willen verfolgt wurden. Aus Tibet sind vor der kommunistischen Terrorwelle, die zur Flucht des Dalai Lama führte, nach Mitteilung Nehrus im Zeitraum zwischen März und Ende Juni dieses Jahres allein 12 396 Tibetaner nach Indien geflohen. In der Bundesrepublik befinden sich gegenwärtig etwa 217 000 Ausländer als Vertriebene (die vertriebenen Deutschen aus den Ostgebieten sind in dieser Zahl nicht enthalten) von denen noch heute 12 000 in Lagern leben müssen. Schätzungsweise 40 bis 45 000 Flüchtlinge, die

ausserhalb der Lager leben, sind noch nicht eingegliedert und bedürfen immer noch der Hilfe. Diese wenigen Zahlen beweisen, wie wichtig die Bewältigung dieses Problems ist.

Zu diesem Zweck wurde das Amt eines Hochkommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge geschaffen. Der gegenwärtige Hochkommissar ist Dr. August R. Lind (Schweiz). Er wurde am 10. Dezember 1956 als Nachfolger des ersten Hochkommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge, des verstorbenen Dr. G. J. van Heuven Goedhart (Niederlande) gewählt. Um eine intensivere Behandlung des Flüchtlingsproblems in der ganzen Welt zu erreichen, regte die englische Regierung die Durchführung eines besonderen Weltflüchtlingsjahres an. Am 5. Dezember 1958 brachten Argentinien, Österreich, die Dominikanische Republik, Frankreich, Italien, Iran, Niederlande, Norwegen, Grossbritannien und USA einen förmlichen Resolutionsentwurf ein, der mit 59 Stimmen bei sieben Enthaltungen angenommen wurde. Diese Resolution beantragte die Durchführung eines Weltflüchtlingsjahres vornehmlich zu zwei Zwecken:

1. Das Interesse auf das Flüchtlingsproblem zu konzentrieren und für dessen Lösungen die Regierungen freiwillige Hilfsorganisationen und die Öffentlichkeit im allgemeinen zu zusätzlichen finanziellen Leistungen zu ermutigen,
2. zusätzliche Möglichkeiten für dauernde Lösungen durch freiwillige Zurückführung in das Heimatland, Wiederansiedlung oder Eingliederung, auf rein humanitärer Grundlage und in Übereinstimmung mit dem frei geäusserten Willen der Flüchtlinge, zu fördern.

Die Bedeutung, die dem Weltflüchtlingsjahr von amerikanischer Seite beigegeben wird, drückt sich darin aus, dass Präsident Eisenhower eine Proklamation zum Weltflüchtlingsjahr erliess, deren Inhalt der UNO-Resolution entspricht. Papst Johann der XXIII. brachte ebenfalls sein persönliches Interesse an diesem Jahr zum Ausdruck.

So wurde am 28. Juni 1959 das Weltflüchtlingsjahr eröffnet, an dem sich 52 Nationen beteiligen in der Hoffnung, dass grosse Fortschritte in der Beseitigung von Leid, Not und Elend gemacht werden durch Eingliederung, Ansiedlung oder Rückführung der Flüchtlinge, was erheblich zu einer Normalisierung unseres Weltlaufes beitragen würde.

Deutsche Beteiligung an französischer Atombombe?

sp - Die französischen Vorbereitungen für die Explosion einer eigenen Atombombe in der Wüste Sahara scheinen vor dem Abschluss zu stehen. Frankreich hat in dieses Unternehmen viele Milliarden investiert und dafür seine besten Techniker und Physiker eingespannt. Es schlägt alle Proteste afrikanischer Staaten in den Wind und nimmt das Risiko in Kauf, in den Vereinten Nationen noch mehr isoliert zu werden, als es ohnehin schon durch seinen Algerienkrieg ist. Die französische Botschaft in Monrovia, wo kürzlich der Kongress unabhängiger afrikanischer Völker tagte, versicherte zwar, es würden bei den zu erwartenden Explosionen alle erdenklichen Sicherheitsmassnahmen getroffen, die Gefahr radioaktiver Strahlungen sei unerheblich, aber diese Beruhigungsspielen wirkten nicht; es hagelt weiter viele Proteste und Beschwörungen. Schon droht die Regierung Marokkos, Frankreich vor den "zuständigen internationalen Körperschaften" anzuklagen. Eine UEC-Debatte um die französische Atombombe dürfte nicht ohne schwere Rückwirkungen auf die Regierungen Frankreichs zu den afrikanischen Völkern bleiben.

Die letzten Vorbereitungen zur Explosion einer eigenen Atombombe erfolgen zu einem höchst ungünstigen Zeitpunkt. Am 1. Oktober läuft der freiwillig eingegangene Versuchsstopp zwischen den Vereinigten Staaten, Grossbritannien und der Sowjetunion ab. Nach einer Erklärung Chruschtschows wird die Sowjetunion nicht als erste Macht Versuchsexplosionen wieder aufnehmen - diesen traurigen Vorrang überlässt sie dem Westen. Es mag schon sein, dass Chruschtschows Erklärung mit Blick auf ihre propagandistischen Wirkungen auf die nicht gebundenen Staaten und auf die Weltmeinung abgegeben wurde - es liegt jedoch beim Westen, dieser Wirkung den Boden zu entziehen, indem er selbst auf die Fortführung von nuklearen Explosionen verzichtet und dies ohne Rücksicht auf die Genfer Verhandlungen über die kontrollierte Einstellung künftiger Atomversuche. Die amerikanische und britische Regierung scheinen es beim jetzigen Zustand belassen zu wollen, und dies umso mehr, als die lange Zeit unterbrochenen Verhandlungen über die Abrüstung wieder aufgenommen werden

sollen. Die Rauchpilze explodierender Atombomben wären in der Tat eine schlechte Begleitmusik zu dem Bemühen, die Rüstungen zu begrenzen.

Hat Frankreich den Ehrgeiz, diese schlechte Begleitmusik zu liefern? Will es auf einem Gebiet, in dem ein Mindestmass westlicher Solidarität geboten scheint, als Einzelgänger austreten, nur weil es Grossmachtsträumen nachhängt? Frankreichs Stellung in der Weltpolitik würde dadurch nicht um ein Jota gehoben. Der Besitz von selbst produzierten Atombomben würde zwar beweisen, dass die französische Technik auf der Höhe der Zeit steht - woran niemand zweifelt - aber welcher Preis ist dafür zu entrichten! Die weitere Entfremdung Afrikas von Europa wäre nicht einmal der geringste ...

In diesem Zusammenhang hat die Meldung des "Daily Herald", die Bundesrepublik sei finanziell und technisch an der Herstellung der französischen Atombombe mit beteiligt, viel Staub aufgewirbelt, es gab von allen Seiten ärgerliche und empörte Dementis. Was immer auch wahr oder unwahr an dieser Geschichte sein mag, unbestritten bleibt, dass die deutsch-französische militärtechnische Zusammenarbeit hinter einem dichten Schleier erfolgt. Die Öffentlichkeit ist hier auf Mutmassungen angewiesen. Die Geheimnistuerei unserer offiziellen Stellen und manche dunklen Redewendungen schaffen den Nährboden für wilde Gerüchte und Mutmassungen. Vielleicht ist das britische Blatt einem dieser Gerüchte aufgesessen. Das offizielle Bonn könnte sich von allen Verdächtigungen und jedem Misstrauen mit einem Schlage freimachen, liesse es laut und deutlich alle Welt vernehmen, es verurteile neue atomare Versuchsexplosionen, wo immer sie stattfinden werden und wer auch immer sie veranlasst. Im Falle Frankreich schweigt es. Dieses Schweigen verrät vieles ...

+ + +